

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ vierteljährlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Kolationsdruck und Verlag der Buchhändler
Universitäts- und Steindruckerei
R. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schul-
straße 7. Expedition und Verlag: 20. 51.
Redaktion: 112. Tel.-Nr.: Anzeiger-Gießen.

Zur Krankentassenwahl.

Gießen, 29. März.

Zur bevorstehenden Krankentassenwahl hatten 16 Vereine Gießens im Saale des Café Leib eine öffentliche Versammlung einberufen, wozu sich eine große Zahl Arbeitgeber und Arbeitnehmer einfinden konnten, so daß der Saal sowie die Galerien waren die Räume, welchen durch die Reichsversicherungsordnung das Wahlrecht eingeräumt ist. Der Vorsitzende des Wahlausschusses, Prof. Dr. Vogt, eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß die Krankentassenwahlen kein Zusammenspiel politischer Parteistellungen sein dürfen. Wenn auch leider keine Einigkeit erzielt worden sei, da die freien Gewerkschaften eine eigene Liste aufgestellt haben, so könne eine sachliche Aussprache doch nur von Nutzen sein. Er erbat hierauf Herrn Dr. Cahn - Frankfurt a. M. das Wort, der über Krankentassen mit besonderer Beziehung auf die in der Stadt Gießen geltenden Bestimmungen, sowie über die Bedeutung der Krankentassenwahlen sprach.

Er hob hervor, wie am 1. Januar 1914 der letzte und wichtigste Teil der Reichsversicherungsordnung, die Krankenversicherung, ins Leben getreten sei und wie durch deren Einführung auf dem Gebiete des Versicherungswesens eine große Umwälzung stattgefunden habe. Er besprach diese Änderungen kurz und machte einen Gang durch das Gesetz. Danach sind jetzt die sämtlichen wirtschaftlich abhängigen Arbeiter und Arbeiterinnen versichert, auch die in gehobener Stellung bis zu dem Arbeitsverdienst von 2000 Mark, im ganzen also ungefähr 3 Millionen mehr als früher. Er geht dann des näheren auf die verschiedenen Arten der Versicherung ein. Dabei wendet er die landwirtschaftlichen Arbeitgeber, in ihrem eigenen Interesse von der Bekämpfung ihres Gebrauchs zu machen, wonach es getrieben ist, von der staatlichen Versicherung abzuweichen, für den Fall, daß von ihnen mindestens gleiche Leistungen ausgerichtet werden. In der Krankenversicherung sind ungefähr 19 000 - 20 000 Versicherte eingeschlossen. In Bezug auf die Organisation weist der Redner darauf hin, wie an die Stelle der Zersplitterung jetzt eine größere Vereinfachung und Konzentration eingetreten sei.

Für Gießen kommt nur die Ortskrankentasse in Betracht, der auch die landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen angehören. Möglich wird jeder durch Eintreten in ein Arbeiterverhältnis, nur die unehelichen und die Heimarbeiter erwerben die Mitgliedschaft durch Anmeldung und Anmeldung. In diesem ist jeder Arbeitgeber zur An- und Abmeldung verpflichtet. Eine Nichtbeachtung dieser Vorschrift hat eine empfindliche Strafe zur Folge. Die Verwaltungsgesetze der Vorhand und Auszahlung werden zu 2 Dritteln von den Arbeitnehmern und zu 1 Drittel von den Arbeitgebern gewährt und zwar durch die Verhältniswahl, nicht wie früher durch Mehrheitswahl. Es muß dieses Verhältnis als durchaus gerecht bezeichnet werden, da auf diese Weise auch den kleineren Gruppen der ihnen gebührende Anteil an der Gesamtverwaltung gesichert ist. Der von dem Wähler abzugebende Stimmzettel muß in einem von der Ortskrankentasse abgestempelten Umschlag abgegeben werden. Gewählt wird nach der streng gebundenen Liste. Streichungen sind unzulässig, selbst unvollständige Wahlzettel unzulässig, auch die Reihenfolge der zu Wählenden ist genau einzuhalten. Auf jede Gruppe entfallen jedoch Stimmen, als ihr ihrer Stimmenzahl nach zukommt. Nachwahlen oder Ersatzwahlen fallen weg. Der Vorsitzende wird nicht wie früher durch einfache Mehrheit der Arbeitgeber, sondern durch die doppelte Mehrheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewählt. Führt der erste Wahlgang zu keinem Ergebnis, so wird ein zweiter vorgenommen. Ist auch hierbei keine Einigung zu erzielen, so ernannt die staatliche Aufsichtsbehörde den Vorsitzenden. Ganz ähnlich ist das Verfahren bei der Wahl der übrigen Kassendirektoren. Die Wahl hat also nach dem Grundgesetz zu erfolgen: Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen sich verständigen. An Leistungen gewährt die Kasse: Krankenhilfe, Wochenhilfe und Sterbehilfe, die von dem Vortragenden näher erläutert werden, und wobei bemerkt wird, daß Gießen auch bisher schon über die Höchstleistungen hinausgehende Leistungen gewährt. Die zu 1/2 von dem Arbeitnehmer und zu 1/2 vom Arbeitgeber aufzubringenden Beiträge sind bei der Krankentasse verhältnismäßig. Die betragen 4 Prozent des sogenannten Grundlohns, bei an Sonntagen beschäftigten Arbeitern 4 1/2 Prozent. Die einzelnen Anträge, bei welchen Schwereverletzungen vorgebracht und einzuweisen werden, sind: das Versicherungsamt, das Oberversicherungsamt und das Reichsversicherungsamt. Betrachtet man das Gesetz als Ganzes, so ist ein sozialer Fortschritt unverkennbar. Wenn nun die Ehrenämter unparteiisch, gerecht und nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten verteilt, so ist zu

hoffen, daß das Krankentassenwesen segensreich wirkt und auch seinen Teil zum sozialen Frieden beitragen wird.

Nach einer Pause ergriff als erster Redner in der Aussprache Reichslandvolkswirt Bedmann das Wort. Er führte aus, daß man sich bei Aufstellung der Liste an die sozialdemokratische Partei gewandt habe. Diese aber habe das Ansehen abgelehnt, da die Krankentassenwahlen mit Politik nichts zu tun hätten. Der Vorsitzende aber, den man den freien Gewerkschaften gemacht habe und wonach man den in dieser vereinigten Arbeitern u. Arbeiterinnen nur 1/2 der Ratsabgabe zugestimmt habe, sei unannehmbar gewesen. Es habe ihn gefreut, daß der Vortragende die Reihenfolge der Gießener Krankentasse erörtere und damit anerkannt habe, daß die Kassenverwaltung auf gewisse Weise sei. Er müsse aber noch verschiedene anführen: 1. die freie ärztliche Behandlung für Familienangehörige ohne Erhöhung des Beitrags; 2. die Gewährung der Hälfte des Grundlohns (nicht des Krankengeldes) bei Aufnahme des Kranken in der Klinik, dem Krankenhaus oder einer Heilanstalt; 3. die Auszahlung von Sterbegeld an Frau und Kinder. Die Gießener Krankentasse sei bemüht gewesen, Krankheit, Not und Elend zu lindern und hätte so manchen Arbeiter vor öffentlicher Unterstützung bewahrt. Sie werde, wenn man die bisherigen Zusammenfassungen lasse, in demselben Sinne auch in der Zukunft wirken. Daher fordere er die Wähler auf, die Liste Nr. 2 abzulegen.

Krankentassenbeamter Fournier beantragte, daß die Kassenleistungen vielfach auf dem Papier ständen. Das hätten alles Hoffnungen sein müssen. Dabei sei die Selbstverwaltung sehr beschränkt. Die Gewerkschaften seien die Schlichter der sozialen Fragestellung gewesen, deshalb verdienten sie besondere Berücksichtigung. Die Regierung trage das politische Moment in die Krankentassen, seine (Fourniers) Partei nicht. Es komme alles auf den Geist der Verwaltung an, nicht bloß auf die Statuten. Er verlange gute ärztliche Versorgung der Fälle ohne freie Arztwahl. Dann wolle er noch ergänzend hinzufügen, daß eine Legitimation der Wähler nächsten Dienstag nicht nötig wäre, da eine bis Montag abend offen liegende Liste angefertigt sei.

Der zweite Vortragende, Stadtverordneter Baller-Frankfurt a. M., leg den Standpunkt des Vereinsliberaler Arbeiter und Angestellter in Hinsicht auf das Krankentassenwesen dar. Nicht allein die Arbeiter der Sozialdemokratie hätten manche Hoffnungen begraben müssen, den liberalen Arbeitern gebe es genau so. Aber es müsse weiter gekämpft werden. Dem Krankentassenwesen tue noch größere Einseitigkeit not. Die Grenzen der Altersversicherung müßten herabgesetzt, die Renten erhöht werden. Man müsse leider in den Gemütern der Leute gelangen und anderes mehr. Die bürgerlichen Parteien, insbesondere die fortschrittliche Volkspartei, hätten aber nicht durchdringen können. Darum, so heißt Redner die Frage, beteiligen wir uns an der Krankentassenwahl? Durch die Majoritätswahl war es früher unmöglich und aussichtslos, einen Erfolg zu erringen. Nicht aus Vertrauen gegen die jetzige Verwaltung wählen wir, nicht die Sozialdemokratie und Gewerkschaften bekämpfen wir bei der Krankentassenwahl, sondern wir sind geleitet von dem Gedanken, mitzuarbeiten in der Ausübung sozialer Pflicht. Die Reichsversicherungsordnung ist ein Fortschritt, sie gibt dem Vorstand die Möglichkeit, die Leistungen zu erweitern. Darum wollen wir ausbauen helfen, soweit es die Möglichkeit zuläßt. Nicht die Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben die sozialen Fürsorgegesetze geschaffen, sie haben sie immer verlangt. Die Reichs-Tandem-Gesetzgebungen sind vorbildlich vorangegangen. Es ist notwendig, die Bürgerlichen zum Zusammenrücken anzuregen. Unparteilichkeit und Loyalität muß die Richtschnur sein, keine Partei- oder Konfessionsfrage, nicht die Interessen einzelner Verbände, sondern die Interessen sämtlicher Arbeiter sind zu vertreten.

Bei der nun folgenden regen Aussprache meldet sich Krankentassenkontrollant Bedmann zum Wort. Er verliest zunächst die Beschlüsse, 16 an der Zahl, die die Einleitung unterstützen haben, und dementsprechend sich an der Krankentassenwahl beteiligen wollen. Die daran geknüpften Bemerkungen verurteilen bei den sehr hart vertretenen Sozialdemokraten Heftigkeit. Er führt dann an die Ausführungen des vorhergehenden Redners an, der mitgeteilt habe, warum sich die übrigen beteiligen wollten. Er vermisste indes ihr Programm. Es sei merkwürdig, daß die Fortschrittler die ersten auf dem Gebiete der sozialen Fragestellung gewesen sein sollen, denn die Fortschrittler hätten zu verschiedenen Malen gegen die sozialen Gesetze gestimmt, aber nicht wie die Sozialdemokraten, weil zu wenig, sondern weil schon zu viel geboten worden wäre. Der Redner geht sodann auf das in den letzten Tagen von den Anhängern der Liste 1 verbreitete Flugblatt ein, das er als gering arm bezeichnet, und verliest den Schlußsatz, wonach die Arbeiter der einzelnen Gruppen zur Wahrung ihrer Interessen auf Grund der Parteilichkeit aufgerufen werden, und meint dazu, es habe früher voll-

kommenen Parteilichkeit geherrscht, denn von den Krankentassenbeamten seien fünf, die mit der sozialdemokratischen Partei nichts gemein hätten. Auch müsse er hier ausprechen, daß die seitdem tätig gewordenen Arbeitgeber nicht hätten sein sollen. Aber es dürften keine Schatzkammer gewählt werden. Es müsse deshalb nächsten Dienstag jeder seine Schuldigkeit tun. Während sei es, wie in letzter Zeit sich manche Herrschaften die Abgabe schief hielten, um auf die Dienstmädchen einzuwirken, für deren soziale Verbesserung sie früher nicht so sehr bedacht gewesen seien.

Der folgende Redner sucht darzutun, daß die Reichs-Tandem-Gesetzgebungen das nicht leisten, was sie versprochen. Es müßten richtige Leute in den Vorstand, darum Liste 2.

Krankentassenbeamter Fournier spricht sich für das Verhältniswahlrecht aus. Aber die leistungsfähigen bewährten Vertreter sollen gewählt werden. Er führt ein Beispiel an, wo durch ungeeignete Elemente in der Verwaltung die geplante Familienversicherung abgelehnt wurde.

In hiesigen Worten wendet sich Gewerkschaftsleiter Mann gegen den vorbereitenden Ausschuss. Es sei ein Dohn, den in der freien Gewerkschaft zusammengekommenen Arbeitern Gießens nur ein Drittel Siege anstehen. Den Liberalen schreie es an dem nötigen Mut, gegen ungebührliche Forderungen Krampf zu machen. Die Kerze seien von 10 Mark auf 16,50 Mark heraufgegangen. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband beschneide die Rechte der Frauen.

Diesem Redner entgegnete der Vortragende, daß die freien Gewerkschaften kein Recht und keinen Grund hätten, sich gegen das Verhalten des Ausschusses zu betragen. Wenn der gemachte Vorschlag nicht genüge, so hätte man sich auf einen Gegenwärtigen einlassen können. Außerdem werde häufig behauptet, der Vorschlag sei überhaupt undenkbar. Da fehle die Logik. Wenn keine Arbeitsliste zustande gekommen sei, so trage einzig und allein die freie Gewerkschaft die Schuld daran. Dann dürfe man dem Gegner die ehrliche Meinung nicht bestreiten, wie dies verächtlich geistreich geistreich sei.

Der erste Redner, Dr. Cahn, nimmt Veranlassung, verschiedenes richtig zu stellen. Alle vorgeschlagenen Einwendungen können nicht gegen die Liste 1 benannt werden. Die freie Kerzewahl sei ein Fortschritt. Die Gewerkschaften, welche die Fortschrittliche Volkspartei veranlassen, in früherer Zeit gegen die Fürsorgegesetze zu stimmen, seien ganz andere gewesen, als Herr Bedmann behauptet habe. Sie seien Kinder ihrer Zeit gewesen, aber arbeitserhebliche Gesichtspunkte seien nicht in Betracht gekommen. Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften sollten nicht bezaubert werden. Die Frauen müßten vertreten sein. Die Absicht, die Kasse zurückzuführen, bestehe nicht. Also müsse jeder die Liste 1 wählen.

Nachdem ein Ausländer kein Betreten gestöhnt, daß antisemitische und jüdische Verrine bei der Krankentassenwahl gemeinsame Sache machten, wendet sich Kassentestamentar Bedmann gegen die christlichen Arbeiterorganisationen, mit welchen man schlechte Erfahrungen gemacht habe. Die Regierung beabsichtige, ihre Militärschwärmer in die Krankentassen heranzuschicken.

Redaktant Hock leuchtete treffend, wie das Betreiben, die einzelnen Gruppen gegen einander auszuspielen, jedenfalls den Erfolg hätte, daß man um so geschlossener nächsten Dienstag für die Liste 1 kommen werde.

Da sich kein Redner mehr gemeldet hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Frühjahrsversammlung des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei.

Die zahlreich besuchte Frühjahrsversammlung des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei, die am Sonntag im Reichstags-Saal stattfand, eröffnete der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Baffermann, mit einem herzlichen Willkommensgruß an die Erschienenen. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Zusammenkunft des Zentralvorstandes. Die Wahlen wurden jedoch auf die nächste Sitzung vertagt, da nachträglich eine Reihe von Vorschlägen der Einzelorganisationen eingingen, von denen Berücksichtigung die in den Statuten für den Zentralvorstand vorgesehene Höchstzahl überschritten hätte.

Sodann erörterte Reichstagsabg. Baffermann mit einem an den Geschäftsführenden Ausschuss erhaltenen, gedruckt vorliegenden Jahresbericht anknüpfenden kurzen Rede die

Aussprache über die Politik des Reiches. Unter allgemeinem Beifall stellte er an die Spitze seiner Ausführungen die Benutzung aller Mittel zur Wiederherstellung des Vorliegenden des Geschäftsführenden Ausschusses, des Geheimrats Dr. Friedberg, der sein Amt zur Freude aller Parteifreunde bereits wieder übernommen hat. Nebenbei wurde zur Bekräftigung der politischen Lage bezeichnet Herr Baffermann das Gesamtbild als

Das schwachlichtige Kind.

Zeit 3 Jahren besteht in Straßburg, so heißt es in einem Bericht der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ aus Straßburg, eine städtische Volksschule für schwachlichtige Kinder, deren leistungsfähige ihre Teilnahmefähigkeit erkennen lassen. Für ihre Erziehung sprachen Erziehungs- und gesundheitliche Rücksichten. Einmal bleiben solche schwachlichtigen in den gewöhnlichen, überfüllten Schulklassen zurück, weil die Lehrer sich nicht einigend mit ihnen beschäftigen können. Dann aber ist es dringend erwünscht, daß bei den Kindern die kleinen oder schwachen Augen möglichst gerichtet werden. Um eine Überfüllung der Klasse zu vermeiden, hat man nur solche Kinder aufgenommen, bei denen die vererbte Schwäche des besseren Auges nicht 0,2 erreicht und unter den 2100 Volksschulkindern Straßburgs 20 derartige gefunden, also etwa 1 pr. M. Die Klasse der schwachlichtigen selbst ist ein Mittelglied zwischen Blindenanstalt und Volksschule, bei der Vornachbildungen und angeborene Mißbildungen als Entziehungsurache die Hauptrolle spielen.

Die Schule besteht aus einer Klasse, in der Kinder aller Altersstufen vom 6.-14. Lebensjahre gemeinsam unterrichtet werden, und weil eine richtige Hochschule sein. Ihre Eigentümlichkeit besteht darin, daß der Lehrer mehr auf das Ohr als auf das Auge zu wirken sucht und auch die anderen Sinne möglichst in Anspruch genommen werden. Das Schreiben wird möglichst eingeschränkt. Für das Schreiben sind eigene Schreibgeräte mit größeren Zwischenräumen und Druckschrift der Linien selbst eingerichtet, wodurch der Kopf nicht so tief gebogen zu werden braucht. Außerdem wird viel mit Kreide auf der schwarzen Tafel geschrieben. Zum Lesen werden nur solche Stücke ausgewählt, deren Inhalt vorher durchgesehen ist. Gezeichnet wird mit Kohle auf ein weisses Zeichenpapier. Beim Rechnen wird das Kopfrechnen bevorzugt, in der Geographie wird das Hauptgewicht gelegt auf den Anschauungsunterricht. Naturgeschichte wird bei Spaziergängen im Freien gelehrt und dadurch auch das Vorvermögen gefördert. Damit die Kinder in ihrem späteren Leben nach Möglichkeit ihren Unterhalt verdienen können, werden sie im Rechnen und Rechnen unterrichtet und es wird möglichst darauf gesehen, daß die Arbeit mechanisch ausgeführt und die Augen nicht überanstrengt werden. Beim Austritt aus der Schule werden passende Stellen vermittelt.

Mit den Erfolgen der Schule kann man, so heißt es, zufrieden sein; bei dem Austritt aus der Schule haben die Kinder mindestens den nämlichen Bildungsgrad erreicht wie die der

Normalklassen und dabei ist das schwache Sehorgan möglichst gerichtet worden.

In Deutschland finden sich solche Schulen für schwachlichtige nur noch in Mülhausen. Es empfiehlt sich, auch in anderen größeren Städten solche Klassen zu errichten, damit noch mehr Erklärungen gewonnen und weitere Fortschritte darin gemacht werden, da die hochgradig schwachlichtigen meist gut veranlagte Kinder sind.

Vom Hunger. In der Deutschen militärärztlichen Zeitschrift berichtet Prof. Schömann, Düsseldorf, wie man aus dem Stoffmangel also aus chemischen Vorgängen, aus Arbeitsleistung und Wärmebildung, also physikalische Erscheinungen, schließen und weiter, wie man auf direktem Wege Arbeitsleistung und Wärmebildung bestimmen kann. Aus den vom Verfasser an Kindern angelegten Versuchen lassen sich auch für den Soldaten wichtige Schlüsse ziehen. Der Hunger an sich wird nicht unangenehm empfunden bei genügender Flüssigkeitsaufnahme, weil die Stoffumsetzung, wenigstens in den ersten 24 Stunden, keinen Abbau erfordert, wobei in Bezug auf Menge des Umsatzes noch der zur Verbrennung gelangenden Substanzen. Von besonderer praktischer Wichtigkeit ist das Resultat: der dauernd mit übermäßiger oder großen Einwirkungen genährte Soldat greift bei Entbehrungen im Felde seinen Körperbestand stärker an als der an geringere Einwirkungen gewohnte. Der an nicht über das Bedürfnis hinausgehende Einwirkungen gewohnte Soldat, der zwei bis drei Tage hungern muß, verliert weniger Körperbestand, ein als ein harter Hungerkünstler. Beim hungern den Erwachsenen stellt sich, gerade wie beim Fasten, 48-72 Stunden nach der letzten Nahrung, ein erhebliches Hungergefühl ein; bei einer über 48 Stunden hungernden Truppe kommt es zum Zusammenbrechen, über das auch die Willenskraft nicht mehr obliegt.

Die Kugelwunde aus dem Balkan. In Karlsruhe sind in diesen Tagen vier Soldate eingetroffen, die eine seltsame Labung vom Balkan brachten: unglückliche kleine Soldaten, von denen ein jeder ungefähr einen Zentner wog und die nichts enthielten als fettig gefüllte kleine Weichhäute, pfingstbräunliche Augen, Gesicht, von denen noch einige deutlich Blaupurpur zeigten. Allein der Dampfer „Gründe“ landete mehr als 2000 dieser Soldaten im Gesamtgewicht von über 2000 Zentnern. Woher kommt diese seltsame Art? Es sind die Augen und Gesicht von den Balkanländern des Balkankrieges, Augen, die vermoderten und strotzen und auch jene Gesichtsteile, die ihr Ziel nicht erreicht und irgendwo verrotten auf den Boden sanken. Fleißige Bauern und arme verdohte Soldatenfremden haben in mü-

hsamer langwieriger Arbeit alle diese Projektilen gesammelt und in Säcke gepackt, um aus diesen Abfällen des Krieges brisierenden Nutzen zu ziehen. Aus Karlsruhe gehen die Augen nach Paris und an die Hörsaalbänke, werden eingeklopft und finden nach freierlicher Vergewaltigung eine friedlichere Bestimmung: Gas- und Wasserleitungsrohre sowie Kapseln für Weinschloß werden aus ihnen bereitet. Auch große Säcke und Risten mit den Ketten gepulvert oder zerstoßter Patronenabfälle aus Kupfer oder Messing und von den Balkankriegsblinden nach Karlsruhe verbracht worden, um hier als altes Metall verkauft zu werden. Denn das Metall behält seinen Wert und niemand fragt nach der mörderischen Vergangenheit.

„Wie ich mir meine Zukunft denke.“ Ein hübscher und amüsanter Klassenanfang eines zwölfjährigen Mädchens wird dem A. Z. von einem Leser zur Verfügung gestellt. Die junge Dame erzählt, wie sie sich ihre Zukunft denkt, und vertritt in ihren Wünschen und Hoffnungen einen recht ruhigen Sinn, der auf die praktischen Realitäten des Lebens gerichtet ist. Die erste Besslau und Dortmund spielen in dem Aufsatz eine Rolle, weil die Kleine bis zu ihrem zehnten Jahre in Bresslau wohnte und dann mit ihren Eltern nach Dortmund kam. Und nun soll die kleine Enkeltochter verheiratet werden, was ihr sehr befreut: „Wenn ich einmal aus der Schule bin, dann wird es sein. Ich gehe in ein Büchergeschäft und lerne Strauß und Kränze binden. Sobald ich das kann, miete ich mir ganz alleine einen Laden und verkaufe alle Blumen, die darin sind. Natürlich habe ich dann genug Geld. Ich weiß auch, was ich damit machen werde. Ich heiße in den Zug und fahre nach Bresslau. Dort hole ich mir einen Kaiserlichherrschaftsmann, und wir verheiraten uns. Nun geht es ein Leben an, und die Neutanten müssen mir und meinem Herrn Gemahl die Herbe jätten und uns darauf helfen, und dann sagen sie: „In Befehl, Frau Oberhauptmann.“ Jetzt regnet mir nach Dortmund, und wenn wir lange genug dort waren, reiten wir nach Bresslau, wo gerade der Kaiser ist. Weil mein sehr verehrter Mann die Ehre hat, mit dem Kaiser zu sprechen, läßt er ihn und mich zum Festessen ein. Wir gehen natürlich hin, und da gibt es soviel Apfelsaft, daß wir alleamt Bauchschmerzen bekommen. Wir machen noch mehr Spaß, da kommt aus einmal ein Mann und sagt, es wäre Beisch da. Ich fahre hin, und was denkt ihr, in meinem Zimmer steht der Storch. Er war ganz hübsch und schenkte mir ein Kind. Später kommt der Kaiser zur Taufe und wird Tante. Mein Sohn wird ein tüchtiger Mann. Ich und mein Mann freuen uns so, daß wir leben. Natürlich kommen wir in den Himmel, und dort hängt die alte Geschichte wieder von neuem an.“

nicht sehr erfreulich. Die auswärtige Politik habe im Zeichen einer starken Demokratisierung. Das zeige ein Blick auf Russland, das in seinen Beziehungen von Frankreich unermüdlich vorwärts gedrängt werde, das zeige auch weiter die Deutsch-englischen Verhandlungen, die sich auf Zentralafrika und Kleinasien beziehen. Wir haben den Eindruck, so führte Herr Baumbach weiter aus, daß England hierbeizugleichende Geschäfte macht, während wir lediglich abzuwehren werden. Das ist umso bedauerlicher, als wir alle anderen Staaten über Deutschland den großen Vordrängungsdruck nach Osten bringen sehen. Mit Berücksichtigung der Nationalliberalen Partei feststellen, daß ihre Bemühungen bezüglich der besseren Vorbereitung und Erweiterung des Reiches der Diplomatie von Erfolg gewesen sind.

Was die innere Politik betrifft, so herrscht viel Unzufriedenheit. Das Zentrum ist die entscheidende Partei, weil ihm die Sozialdemokratie keine zur Verfügung steht. Allerdings ist auch mit dem Zentrum ein positives Zusammenarbeiten möglich, wie das die Debatte der Reichsratsfrage gezeigt hat, und auch in der Wirtschaftspolitik werden wir mit dem Zentrum einig sein. Aber eines dürfen wir nicht vergessen: sobald es sich um nationale Fragen handelt, wie die Ostmarkenfrage, verläßt das Zentrum. Da werden die Regierung mit Hilfe der Sozialdemokratie abstimmen. Durch die schwebende Haltung der Regierung, die in der Durchführung des Reichsfinanzgesetzes von Tag zu Tag schwächer wird, welche natürlich das Wohlbefinden des Zentrums. Ein weiterer Grund zur Unzufriedenheit ist der Mangel einer zielbewussten Leitung durch die Regierung. Wenn wir auf die Arbeiten des Reichstags blicken, so sehen wir ein unzusammenhängendes Vorgehen der einzelnen Kommissare. Eine Lücke von Vorfällen geht dem Reichstag zu, und das Ergebnis ist, daß nichts fertig wird. Auch die Regierung der Erledigung der Staatshaushaltsfrage verläßt wenig von einer festen Hand. Es fehlt völlig an Zusammenhang zwischen Parlament und Regierung; nur bei ganz bestimmten Situationen sucht die Regierung Führung, sonst läßt sie die Dinge gehen, wie sie eben gehen. Viel ist von einer Reichstagsauflösung gesprochen worden. Es mag eine Zeit gegeben haben, da eine solche drohte, heute scheint die Sache überwunden zu sein, nachdem die bessere Einsicht gesiegt hat.

Das Parteileben zeigt in allen Parteien starke Gegenstände. Was die Nationalliberalen Partei anlangt, so ist es natürlich, daß bei der wachsenden Zahl unserer Anhänger, bei den vielen Korrespondenzen der einzelnen Organisationskommissionen, die immer noch sehr jung sind, noch sehr viel zu tun ist. Die Nationalliberalen Partei in allen großen Fragen einig ist. So in der Wirtschaftspolitik, in dem was die Vermögensverhältnisse, die früher von Sozialisten geführt haben, langsam überwinden haben. In der Sozialpolitik haben wir in einzelnen Dingen verschiedene Auffassungen von sehr verschiedenen, trotzdem aber habe ich den Eindruck, daß wir zu größerer Einheitsfront gekommen sind. Darüber besteht bei keinem von uns ein Zweifel, daß wir uns in unserer Industrie Zeit lassen müssen, sich in die schweren Zeiten, die ihr auferlegt worden sind, einzufinden. Etwas ist mir auch in der schwierigen Frage des Arbeitswillens, Reichstagsauflösung und Landtagsauflösung sind in ihrem Vorgehen einmütiger Auffassung gewesen. Das sind doch gewiss erfreuliche Dinge.

Erreichte sind die Fortschritte unserer Organisation. Aus dem Jahresbericht entnehmen wir, daß unsere Vereine von 940 im Jahre 1907 auf 2007 gewachsen sind, und daß die Zahl der organisierten Mitglieder jetzt 283 711 beträgt; einige Landesorganisationen haben dabei noch mit ihren Anhängern, so daß wir rund 300 000 Parteimitglieder haben. Darauf bliden wir mit stolzer Freude.

An den Vortrag des Abg. Baumbach schloß sich eine rego Aussprache, die sich gleichzeitig auch auf die vorliegenden Anträge erstreckte. Folgender, auch von drei Vortragenden des Zentralvorstandes, den Abg. Baumbach, Dr. Friedberg und Dr. Bogel, unterzeichnete Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen:

„Der Zentralvorstand beauftragt den Geschäftsführenden Ausschuss, Verhandlungen einzuleiten, um die gleichzeitige Auflösung des Jungliberalen wie des nationalliberalen Verbandes unverzüglich herbeizuführen.“

Weiter wurde folgender, von den drei Vortragenden des Zentralvorstandes, den Abg. Baumbach, Dr. Friedberg und Dr. Bogel, eingebrachter Antrag einstimmig angenommen:

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei bringt den Bescheid ihres Geschäftsführenden Ausschusses vom 1. Oktober 1911 gegen das Eingehen bindender Verpflichtungen nationalliberaler Kandidaten gegenüber anderen Parteien in Erinnerung. Er ersucht, daß dieser Bescheid, insbesondere hinsichtlich sozialdemokratischer Stichwahlverbindungen ausnahmslos befolgt wird, da ein anderes die Freiheit der parlamentarischen Betätigung ausschließendes Verhalten mit der Reichsverfassung, der Vertrauensstellung der Abgeordneten und den Grundsätzen der Nationalliberalen Partei nicht vereinbar ist.“

Der weitere Antrag, der nachfolgenden, vom Verbandsrat der Partei der Nationalliberalen Partei am 23. November 1911 in Berlin verabschiedeten Forderungen bei erster Gelegenheit den Zielen und Bestrebungen der Nationalliberalen Partei einzufügen:

1. Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an die im Gewerbebetriebe stehenden Frauen in den Berufsvertretungen (z. B. Handelskammer, Kaufmannsvereine, Angestelltenvereine);
2. Zulassung von Frauen als stimmberechtigte Mitglieder zu ständigen Kommissionen und Deputationen; ihre Verwendung im Dienst der Wohnungsinnspektion, der Polizei und der Gesundheitspflege;
3. Zulassung der Frauen als Schöffen bei den Jugendgerichten;
4. Zulassung des gemeinsamen Unterrichts für Knaben und Mädchen in den Orten, in denen die Mädchen sonst keine Gelegenheit haben, sich zur Reifeprüfung vorzubereiten.“

Wurde an den Geschäftsführenden Ausschuss zurückverwiesen. Weiterhin beauftragte den Zentralvorstand die Frage, wie eine bessere Führung der Angelegenheiten zwischen den Parlamenten und den gewerblichen Ständen herbeizuführen ist. An Stelle eines Antrags Friedberg, der zurückgezogen wurde, wurde folgender Antrag Bogel einstimmig angenommen:

„Zur Erörterung der Frage, auf welchem Wege eine engerer und bessere Führung zwischen den Parlamenten und den gewerblichen Kreisen im Lande herbeizuführen ist, wird eine Kommission von 7 Mitgliedern eingesetzt, der je 2 Mitglieder des Reichstags und des Reichstages Abgeordnetenhaus angehören müssen.“

Einstimmig angenommen wurde sodann folgender Antrag des Reichstages Abgeordnetenhaus:

„Der hundertjährige Geburtstag Bismarcks am 1. April 1915 soll durch eine nationale Feier in allen Wahlkreisen des Deutschen Reiches gefeiert werden. Der Geschäftsführende Ausschuss der Nationalliberalen Partei wird beauftragt, die geeigneten vorbereitenden Schritte zu einer möglichst einheitlichen Reichsfeier zu unternehmen.“

Als Ort des allgemeinen Parteitagestages wurde Köln, als Zeitpunkt der 27. September bestimmt.

Aus Hessen.

Das Bahnprojekt Bensheim-Vindensfeld. Darmstadt, 29. März. Der jüngsten Erklärung des Finanzministers Braun in der zweiten Kammer entsprechend ist das neue elektrische Bahnbauprojekt Bensheim-Vindensfeld jetzt einen bedeutenden Schritt vorwärts gebracht worden. Auf Veranlassung des Ministers fand nämlich gestern nachmittag in Bensheim eine von Interessenten jener Gegend sehr zahlreich besuchte Versammlung statt, der auch der Finanzminister, der Herr zu Erbach-Schönberg, Prinz Viktor zu Erbach-Schönberg, die Vertreter der

Kreis- und Gemeindebehörden, sowie die Abgeordneten Kammerpräsident Köhler, Justizrat Dr. Osann, die Vertreter der Eisenbahnbetriebe Abg. Auler, Mergel und Wiegand beizuhören. Kreisrat Eschen eröffnete und begrüßte die Versammlung und dann hielt Finanzminister Dr. Braun einen eingehenden Vortrag, worin er das neue, von den Rheinischen Schinderei-Werken dem Ministerium unterbreitete Bahnbauprojekt einer eingehenden kritischen Würdigung unterzog und dessen Annahme empfahl, wobei er bemerkte, daß jetzt alle Sonderwünsche bei Seite gestellt und ein geschlossenes Vorgehen und ein einheitlicher Wille zur Tat belanden werden müsse, wenn das neue sehr günstige Projekt zur Durchführung kommen solle. Herr Baurat Schöberl, der kürzlich aus seiner amtlichen Stellung im Ministerium in die Dienste der Schinderei-Werke übergetreten ist, gab darauf sehr eingehende technische Erläuterungen zu dem Bahnbauprojekt und teilte u. a. mit, daß die Leitung der Schinderei-Werke fest entschlossen sei, es zur Ausführung zu bringen; es werde auch in diesen Tagen bereits ein besonderes Bauunternehmen dafür in Bensheim unter Leitung des Ingenieurs Hagemann errichtet werden. Kammerpräsident Oberbürgermeister Köhler (Worms), Bürgermeister Eschen (Bensheim), Kreisrat Eschen, Herr Erbach-Schönberg, Bürgermeister Schnettker (Vindensfeld) und mehrere Landtagsabgeordnete traten in warmer Weise für die Durchführung des neuen Projektes ein. Von besonderem Interesse war die Mitteilung des Kreisrats Eschen, daß sich für eine normalspurige elektrische Bahnlinie, die dem Personen- und dem vollen Güterverkehr zwischen Bensheim und Vindensfeld dienen soll, die Gemeinden Bensheim, Schönberg, Elmshausen, Gadenheim, Vindensfeld, Reichenbach und unter Vorbehalt auch Winterbach und Lantern verpflichtet haben, die wegen der Geländebelastung und der Beteiligung an der Aufbringung des Anlagekapitals notwendigen Verpflichtungen zu übernehmen. Für den Geländeerwerb sind bereits bei der Nationalbank in Bensheim 1,5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Die Abänderung des Kaligesezes.

Die Vorschläge des Reichstages, betreffend Abänderung des Kaligesezes vom 25. Mai 1910, wie sie zurzeit den zuständigen Ausschüssen des Bundesrats vorliegen, sind folgende: Es sollen als Abgabe vom Jahre 1916 ab 0,90 Mk. gegen 0,60 Mk. bisher pro Doppelzentner abgefesten reinen Kalis entrichtet werden; hiervon soll, falls drei Viertel der fördernden Werke sich zu einer Syndikatsorganisation zusammenschließen, dieser Organisation 0,45 Mark für die Debung des Abzuges überwiesen werden, insonderheit ist der Reichsfiskus in der Lage, die Ueberweisung abzugeben oder aufzuheben, falls nicht seinen Bestimmungen entsprechend verfahren wird. Die restlichen 0,45 Mk. sollen dem Kalis als direkte Reichsteuer auf Kalisatzung zuzuführen, während bisher die Abgabe nur für Abzweckverwendung finden durfte. Der nach dem bisherigen Gesetz vorhandene Reservefonds von etwa 8 Millionen Mark soll ebenfalls nach den Bestimmungen des Reichsfiskus „zum Besten der Kaliindustrie“ verwendet werden.

Gegen eine unwirtschaftliche Werksvermehrung sind folgende Bestimmungen gedacht: Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes soll das Vorrecht der Bundesstaaten auf die Kalienzuteilung für die Werke im gänzlichen oder anteiligen staatlichen Besitz fortfallen, dagegen soll den Bundesstaaten folgendes Reservat bleiben: Die bisherige fünfjährige Kalienzeit bleibt vorzugsweise erhalten für solche Werke, die als erste Kaliwerke in einem Bundesstaat entstehen; ferner können die Bundesstaaten, wo bisher Kaliwerke nicht errichtet sind, auf 3000 Quadratmeter ihrer Landesgröße insgesamt je ein Kaliwerk errichten, für die gleichfalls eine fünfjährige Kalienzeit gilt. Das Vorrecht Braun schweig allein erzielt die Ausnahme, obwohl es eine geringere Landesgröße hat, zwei Vorzugswerke zu erhalten. Dagegen soll für alle Werke, die nach dem 15. Januar 1913 mit erstlichem Schachtbau begonnen haben, eine zehnjährige Kalienzeit eintreten derart, daß zwar nach zweijähriger Aufschubzeit unter der provisorischen Quote die definitive Quote erteilt wird, aber unter Abzug von 40, 30, 20 und 10 Prozent für je zwei dem Provisorium folgende Jahre. Ferner sollen von dem Inkrafttreten der Kalinovelle an die Anforderungen für die Erteilung der provisorischen und definitiven Quote wesentlich erhöht werden. Kaliwerke, welche durch die Abtrennung gebildet werden, sollen nur dann eine selbständige Quote erhalten, wenn durch tatsächliche Aufschlüsse nachzuweisen ist, daß mindestens 100 000 Doppelzentner reines Kali hundert Jahre hindurch geliefert werden können (anstatt bisher 50 000 Doppelzentner für 50 Jahre). Weiter enthält der Entwurf eine Anzahl erschwerender Bestimmungen in Bezug auf Quotenübertragung, Frachten usw.

Sport.

Fußball. Germania Bockenheim gegen Berlin für Kalienpreise. Gießen 1:2. 1. Halbzeit 5:1. Bockenheim trat vollständig, Gießen mit vier Mann Ersatz an, was zu der Niederlage der Giesener beigetragen hat. Bockenheim war überlegen, daher kam Gießen nur zeitweise vor das heimliche Tor.

Luftschiffahrt.

Hamburg, 28. März. (Privattelegramm.) Der Hamburger Alster-Kapitan Christian, der vorerfahren sein Flugzeug zu erwarb, war heute kurz vor 8 Uhr vormittags auf dem Alsterkanal in einem großen Gefolge aufgezogen, der ihn über Alsterkanal nach Kiel und Dresden führte, wo er um 6 1/2 Uhr nachmittags glatt landete. Der Alster hatte beständig Schnee- und Regenwolken zu überdecken.

Paris, 28. März. Der Flieger Garay hat auf dem Flugfeld von Chartres mit acht Flugzeugen an Bord eines Doppeldeckers eine Höhe von 1580 Metern erreicht und damit eine neue Höchstleistung aufgestellt.

Wien, 28. März. Das wegen Havarie abgetriebene Luftschiff „Montgolfier“ feierte mit eigener Kraft nach der Halle zurück. Die Gesamtstrecke betrug 15 Kilometer. Das Luftschiff landete unter normalen Umständen. Außer der Einbaue eines Viertels der Gasvorräte scheint es nicht gelitten zu haben.

Universitäts-Nachrichten.

Der Privatdozent in der Berliner juristischen Fakultät Professor Dr. jur. Ernst Delaguis hat einen Ruf als außerordentlicher Professor des Strafrechts und Strafprozesses an die Frankfurter Universität erhalten und angenommen. Delaguis ist 1878 zu Alexandrien (Ägypten) geboren.

Professor Dr. Walter Otto, Ordinarius für lateinische Sprache und Literatur in Basel, hat den Ruf an die Frankfurter Universität angenommen.

Der Privatdozent in der philosophischen Fakultät der Universität Marburg Professor Dr. Georg Ziehe hat einen Ruf als Nachfolger des außerordentlichen Professors in der philosophischen Fakultät der Universität Greifswald Dr. J. Meißner angenommen.

Gerihtsjaal.

Paris, 28. März. Das Schwurgericht verurteilte die Anarchisten Roux und Abanet, die das Postbureau in Bezons bei Paris überfielen und den Chefsmann der Posthalterin töteten, zu lebenslänglicher Zuchthausarbeit.

Dermisches.

Dreifacher Mord. Aus Geni wird gemeldet: Der jerbische Ingenieur Nikitsch verurteilte seine Schwägerin Bontir lebensgefährlich, weil sie ihm 5000 Franken verweigert hatte, und tötete sodann seine Schwiegermutter und sein 18 Monate altes Töchterchen mit seinem Rasiermesser. Der Mörder wurde verhaftet.

Ein Sprung vom Kirchturm. Aus Madrid wird gemeldet: Einer der bekanntesten Großkaufleute von Madrid, Salvador Lopez, stieg auf die höchste Spitze des Turmes der Kathedrale und sprang von dort herab. Der Körper fiel auf einen Leitungsdraht der elektrischen Straßenbahn, wodurch ihm der Kopf abgerissen wurde. Grund zur Tat sind verfehlte Spekulationen.

Ein Arzt als Fälscher. In Paris verhaftete die Polizei einen Arzt Dr. Thillement, der mit Hilfe von Arbeitern mittelst gefälschter Zeugnisse über Arbeitsunfälle zahlreichen Apotheken eine große Menge von Medikamenten entlockt hatte. Zwei Arbeiter wurden als Komplizen des Doktors festgenommen.

Unter der Verdachte der Brandstiftung und der Ermordung seiner Frau wurde in Madrid im Kreise Rogido der Grundbesitzer Racionero verhaftet. Man fand die halb verfaulte Leiche in dem Keller des niedergebrannten Hauses.

Die Brandstiftung. Aus Baruth (Mark) wird gemeldet: In Linsow wurde die 14jährige Tochter des Schmiedemeisters Krüger von ihrem Bräutigam, dem 14jährigen Bäcker Schulte erschossen. Der Täter beging dann Selbstmord.

Automobilunfall. Aus Grottkau wird gemeldet: Der hiesige Kaufmann Kolbe fuhr mit seinem Automobil infolge eines Reitenbruchs gegen ein Chauffeurhaus. Das Gefährt überschlug sich. Der mitfahrende Fabrikarbeiter Klinge aus Halbersdorf wurde getötet, Kolbe unbedeutend verletzt.

Auf der Reiche Oberfläche wurde durch abfallendes Gestein zwei Bergleute der Ausweg abgeschnitten. Der eine wurde lebend geborgen, der andere ist noch in der Erde eingeschlossen. Er gibt zeitweise Lebenszeichen nach außen.



Nach aufgehobener Tafel

darf beim Kaffee eine milde Salem Gold oder eine würzig aromatische Salem Aleikum Cigarette nicht fehlen.

Salem Gold

(Goldmundstück, oval)

Salem Aleikum

(Hohlmundstück, rund)

Preis Nr. 34 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck. Licht mit Firma:

Orient-Tabak- u. Cigaretten-Fabrik, Inh. Hugo Zietz, Hoflieferant, Fabrik Yenidze, Dresden, SM. d. Königs von Sachsen.

Trustfrei!

Hohenlohe Hafer-Flocken

sind für Gesunde und Kranke, Kinder und Erwachsene gleich nahrhaft und wohlschmeckend. Nur echt in Paketen „mit der Schmetterlin!“

Soeben erschienen und in allen Buchhandlungen vorrätig:

Geschichten aus der Pfalz und ihrer Nachbarschaft

4 Volksersählungen von Pfarrer Heinrich Bechtolsheimer

Preis Mk. 1.—. Verlag von August Fillmann, Birkenfeld a. d. Nahe